

obwohl das bedeutete, dass sein ungeeigneter Neffe sein Nachfolger wurde. Vielleicht hat diese Entscheidung die konstitutionelle Monarchie des 19. Jahrhunderts ermöglicht. Jedenfalls lassen die Schilderungen Kunischs erkennen, dass die Monarchie als Staatsform bereits im 18. Jahrhundert nicht mehr plausibel war. Die absolute Monarchie war eine degenerierte Endform. Immerhin berief sich Friedrich wenigstens nicht mehr auf sein Gottesgnadentum (163). Aber wie soll man es nennen, dass sich seine Nachfolger wieder darauf berufen haben?

Fünf Miniaturen, die sich gegenseitig beleuchten und in denen sich der Wandel der Gesellschaft spiegelt. Ein Augenöffner.

Gerd Roellecke, Mannheim / Karlsruhe

*Scholz, Natalie / Christina Schröer (Hrsg.), Représentation et pouvoir. La politique symbolique en France (1789–1830), Rennes 2007, Presses Universitaires de Rennes, 300 S. / 78 Abb.*

In der historischen Forschung ist seit geraumer Zeit unbestritten, dass die Darstellung und Repräsentation von Herrschaftsansprüchen in der Regel mehr ist als eine folgenlose Behauptung. Vielmehr wird in den Arbeiten der kulturgeschichtlich informierten Politikgeschichte mit gutem Grund davon ausgegangen, dass die Repräsentationen als Teil diskursiver und symbolischer Verhandlungen der (politischen) Wirklichkeit diese mit konstituieren. Es handelt sich also um einen durchaus ‚harten‘ Faktor der Geschichte von Macht und Herrschaft, um einen integralen Bestandteil mehr oder minder erfolgreicher Machttechnik.

Diesem Ansatz sind auch die Autorinnen und Autoren des zu besprechenden französischsprachigen Bandes verpflichtet, der die Beiträge zu einer Tagung am Deutschen Historischen Institut Paris vom Juni 2004 enthält.

Die Beiträge widmen sich einem breiten Fächer symbolpolitischer Phänomene im Frankreich des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts von der Revolution bis in die Restaurationszeit. Zur Sprache kommt ein umfangreicher Ausschnitt aus den vielfältigen Formen der Machtrepräsentation, darunter vor allem bildliche Darstellungen, performative Akte wie Beerdigungszeremonien und Bankette, das politische Theater, aber auch die Geschichtsschreibung. Die durchweg anregenden Beiträge zeigen symbolische Artikulationen der Machtfrage in einer Periode weitreichender politischer, sozialer und kultureller Umbrüche, in denen jedes der einander ablösenden Regime aufs Neue bemüht war, sich symbolpolitisch zu legitimieren. So dominiert in vielen Aufsätzen die obrigkeitliche Perspektive – allerdings wird sehr häufig auch und gerade das Scheitern bzw. die begrenzte Reichweite der Repräsentation thematisiert, und dies macht nicht den geringsten Vorzug dieses Bandes aus.

Ein wiederkehrendes Thema in den Beiträgen ist das Motiv der Pluralität. Zum einen spiegelt sich gesellschaftliche Pluralität in der gewandelten symbolpolitischen Kommunikation. So betonen mehrere Beiträge, dass die Rezipienten politische Repräsentationen vielstimmig kommentierten oder umdeuteten. Ein Beispiel hierfür ist das neue Medium der Karikatur, das seinem Wesen nach politische Symbole ironisiert (Annie Duprat). Am Beispiel der Rezeption von Theaterstücken sowie der Manipulation und Umdeutung politischer Symbole in der Restaurationszeit zeigt Sheryl Kroen auf brillante Weise, dass der Meinungspluralismus selbst unter den nun herrschenden repressiven Bedingungen nicht mehr einzudämmen war. Allerdings findet sich diese Pluralität nicht nur auf Seiten potenzieller Adressaten symbolpolitischer Botschaften, sondern auch bei den „Sendern“. So betont Armin Owzar überzeugend

den „Patchwork-Charakter“ der napoleonischen Selbstdarstellung, die gewissermaßen auf mehreren Registern spielte und die Symbol-Arsenale unterschiedlicher Traditionsstränge bemühte, um eine möglichst große Vielfalt von Adressaten anzusprechen. Andererseits gelang es dem Historiker Charles Lacroix, seine Interpretation der Revolution so zu gestalten, dass sie den Zielen Napoleons diene, zugleich aber auch in der Restaurationszeit anschlussfähig blieb (Éric Barrault).

Freilich war diese Heterogenität nicht positiv besetzt. Vielmehr sahen die jeweiligen Obrigkeiten zwischen 1789 und 1830 in der gesellschaftlichen Pluralität eine Gefahr für das Gemeinwesen – und für ihren Anspruch auf die politische Macht. Sie versuchten den zentrifugalen Tendenzen zu begegnen, indem sie gemeinschaftsstiftende Symbole und Strategien ersannen. Im Unterschied zur von der Krone monopolisierten Repräsentation des Politischen im Ancien Régime gelang dies aber kaum. Dies trifft nicht zuletzt auf das Direktorium zu, dem es laut Christina Schröer nicht gelang, ein dauerhaft wirkendes Identitätsangebot zu machen. Am Beispiel der Bildpublizistik in der Direktoriumszeit wie auch mit Blick auf die Tradition republikanischer Bankette, die Hans-Ulrich Thamer behandelt, wird deutlich, dass der Widerspruch zwischen auseinander driftender gesellschaftlicher Wirklichkeit und dem Ideal der Gemeinschaft kaum zu lösen war.

Den Übergangsgesellschaften fehlte schlicht das zentrale Symbol, wie es der König im Ancien Régime gewesen war. Außerdem schlugen sich die politischen Grundsätze der Revolution in abstrakten Prinzipien nieder; es fehlte ihnen die Inkarnation – dies betont auch Jean-Clément Martin in der Einleitung. Nach den Worten von Rolf Reichardt schien die Verfassung diese Funktion zunächst (1791/92) übernehmen zu können, eignete sich aber aufgrund der vielen Reformen mittelfristig nicht dafür.

Der Beitrag von Philippe Bourdin stellt heraus, dass das Theater während der Revolutionszeit als Instrument der Einheitsstiftung fungieren sollte. Auf der Bühne, so Rüdiger Schmidt, wurde die Gemeinschaft der Soldaten zum nachahmenswerten Modell für die gesamte Nation erhoben. Im Genre der Totenreden auf die Generäle der Republik traten im Lauf der Zeit die heroischen Einzelleistungen der Kommemozierten zu Lasten von Gemeinschaftsbeschwörungen in den Vordergrund (Bernard Gainot). Allgemein ist zu konstatieren, dass militärische Aspekte einen hohen Stellenwert in der Symbolpolitik einnahmen: Zum einen gelang ein „Sakralitätstransfer“ (Gainot) auf das Militärische, zum anderen bildeten militärische Symbole und damit verbundene Werte wie Ruhm und Ehre den zentralen Referenzpunkt der langlebigen bonapartistischen Legende (Natalie Petiteau).

Die Restaurationsmonarchie versuchte, an vorrevolutionäre Repräsentationsstrategien anzuknüpfen und diese zugleich zu modernisieren, etwa indem sich die königliche Familie als Projektionsfläche von Emotionen anbot (Natalie Scholz). Dies geschah vor dem Hintergrund einer postrevolutionären Umdeutung der Familie als Symbol für staatliche Machtausübung (Elisabeth A. Fraser). Freilich gelang es den Bourbonen nie, die Erfahrung der Revolution vergessen zu machen, so betonten es auch Bettina Frederking in ihrem Beitrag über die Totenfeierlichkeiten im Hause Bourbon und Sheryl Kroen in ihrem bereits erwähnten Aufsatz.

Einen weiteren Aspekt stellt Jo Burr Margadant in einem Beitrag über Herzog Louis-Philippe von Orléans heraus. Im Mittelpunkt stehen dessen Bemühungen während der Restaurationszeit, aus seiner Biografie eine kohärente Erzählung zu machen. Auch und gerade dieser biografisch orientierte Zugang zeigt das gestiegene Bedürfnis von homogenisierenden Repräsentationen angesichts einer an Brüchen und Konflikten so reichen Zeit.

Der Band leistet einen gewichtigen Beitrag zur politischen Repräsentation in einer Schlüsselperiode europäischer Geschichte. Zu kritisieren ist allenfalls, dass der Kontrast zum Ancien Régime in vielen Beiträgen wohl etwas zu stark betont wird. Multiple Aneignungsformen seitens der Adressaten, aber auch eine Doppeldeutigkeit der politischen Symbolik sowie eklektizistische Anleihen bei unterschiedlichen Traditionssträngen sind auch in der Frühen Neuzeit nicht unbekannt. Auch die Könige des Ancien Régime konnten ihr Bild weder vollständig kontrollieren, noch das Feld politischer Imaginationen monopolisieren. Dennoch, und deshalb ist dem Tenor dieses Bandes grundsätzlich zuzustimmen, stiegen Komplexität und Vielstimmigkeit der politischen Kommunikation in der Revolutionsepoche sprunghaft an, insbesondere durch die nun einsetzende Konkurrenz unterschiedlicher Herrschaftsmodelle.

Jens Ivo Engels, Darmstadt

*Kloosterhuis*, Jürgen/Wolfgang Neugebauer, Krise, Reformen – und Finanzen. Preußen vor und nach der Katastrophe von 1806 (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. NF, Beiheft 9), Berlin 2008, Duncker & Humblot, 346 S.

Im Reigen der 200-jährigen Jubiläen, mit denen sich die napoleonische Ära in Deutschland noch bis 2015 in Erinnerung rufen wird, galt es 2006, des Untergangs der altpreußischen Monarchie zu gedenken. Während zuletzt anderenorts vornehmlich das emanzipatorische Potential des französischen Ausgreifens über den Rhein thematisiert wurde, steht der anzuzeigende Band vordergründig unter dem unzeitgeistigen Rubrum der „Katastrophe“, als welche sich das Jahr 1806 bei einer von der Preußischen Historischen Kommission im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz veranstalteten Konferenz gewissermaßen von selbst versteht. Als Leitmotiv der zwölf Beiträge, die Jürgen Kloosterhuis und Wolfgang Neugebauer versammeln, dient die Frage nach Interdependenzen zwischen Finanzlage und Verfassungsentwicklung in Preußen und Deutschland während der „Sattelzeit“ um 1800. Wie Neugebauer einleitend betont, biete sich das Thema vor allem deshalb an, weil es von der klassischen preußischen Geschichtsschreibung nur unvollständig und aus zentralstaatlicher Perspektive behandelt worden sei, so dass etwa die Bedeutung ständischer Strukturen und lokaler Mechanismen der Ressourcenextraktion als weitgehend unbekannt gelten müsse. In der Sektion „Ausgangsposition“ verfolgt zunächst Hans-Christof Kraus den kameralistischen Diskurs in Preußen um 1800 und fragt dabei insbesondere nach dem Stellenwert der liberalen Wirtschaftstheorie. Die vergleichsweise frühe Rezeption Adam Smiths vermochte zwar die preußische Kameralistik noch nicht zu dominieren, doch entwickelten im ausgehenden Ancien Régime auch eher traditionell ausgerichtete Kameralisten und Physiokraten Ideen, welche in die späteren Reformen einfließen. Karl Heinrich Kaufhold lässt anschließend die Entwicklung der preußischen Statistik Revue passieren, die trotz aller Unzulänglichkeiten für die Monarchen „ein unentbehrliches Informations- und Führungsinstrument“ darstellte, dessen sich auch die Forschung verstärkt bedienen sollte. Peter Baumgart analysiert die finanziellen Dimensionen preußischer Außenpolitik in den Jahren von der Konvention von Reichenbach (1790) über den Baseler Separatfrieden mit Frankreich (1795) bis zur anschließenden und bis 1805/06 andauernden Neutralitätsphase. Dabei betrachtet er den Handlungsspielraum des Monarchen als nicht primär von den überstrapazierten Ressourcen des Staates abhängig, sondern betont im Anschluss an Brendan Simms die Rolle subjektiver Faktoren im Kreise der „high politics“. In der Sektion „Preußen um 1800“ fragt zunächst Neugebauer nach den Auswirkungen der staatlichen Finanzkrise auf die Stände und kann dabei nachwei-